

Besprechungen

Tobias Eberwein / Susanne Fengler / Epp Lauk / Tanja Leppik-Bork (Hrsg.)

Mapping Media Accountability – in Europe and Beyond

Köln: Halem, 2011. – 267 S.

ISBN 978-3-86962-038-1

Mit „Mapping Media Accountability“ ist ein Sammelband erschienen, der die Ergebnisse der ersten Projektphase des von der EU-Kommision geförderten Projekts „MediaAct – Media Accountability and Transparency in Europe“ dokumentiert. Dieses ländervergleichende Projekt wird am Erich-Brost-Institut für internationale Journalismus an der TU Dortmund koordiniert, von dort stammen auch drei der vier Herausgeber der vorliegenden Publikation.

Im Aufbau des Buchs widerspiegelt sich das Projekt: Im ersten von den Autoren des Dortmunder Instituts verfassten Beitrag werden die theoretischen Grundannahmen des Projekts hergeleitet. Danach folgt der empirische Teil in Form von 14 Länderberichten, die von in den jeweiligen Ländern tätigen Wissenschaftlern verfasst wurden. Die Länderauswahl basiert auf der Typologie von Hallin/Mancini und wurde um drei osteuropäische Transformationsländer und zwei Länder aus dem arabischen Raum erweitert. Abgerundet wird der Band mit einem Schlusskapitel, das die Erkenntnisse aus den Länderberichten in eine übergreifende Debatte um die Selbstregulierung der Medien stellt und den Einbezug von EU, Industrie und Zivilgesellschaft in die Medienselbstkontrolle diskutiert.

Unter Instrumenten der „Media Accountability“ versteht das Projektleitungsteam um Susanne Fengler, Tobias Eberwein und Tanja Leppik-Bork alle Instrumente der Selbstregulierung (ohne staatliche Beteiligung), die dazu dienen, Entwicklungen im Journalismus und der Medienindustrie zu beobachten, zu kommentieren und zu kritisieren, um so eine Debatte über die Probleme des Journalismus auszulösen und dadurch die Verantwortung des Journalismus gegenüber der Öffentlichkeit zu stärken. Die Instrumente der Media Accountability werden von den Autoren entlang der Achsen Journalismus-intern und -extern sowie hoher und niedriger Institutionalisierungsgrad kategorisiert. Diese Typologie, die an die Überlegungen einer älteren Studie von Claude-Jean Bertrand anknüpft, berücksichtigt traditionelle Instrumente der Medienselbstkontrolle wie

Ombudsstellen, Presseräte, Leserbriefe ebenso wie neue, internetbasierte Formen, wie Forumskommentare, Blogs und Beiträge in sozialen Netzwerken über Medien. Diese umfassende Typisierung erlaubt es, sowohl traditionelle als auch neue, internetbasierte Instrumente der Medienselbstkontrolle zum Gegenstand der empirischen Analyse zu machen und einander vergleichend gegenüberzustellen. Damit wird der Gefahr vorgebeugt, entweder nur neue internetbasierte Instrumente zu analysieren und deren Wirkung möglicherweise zu überschätzen oder solche neuen Formen schnöde zu ignorieren.

Erfreulicherweise wird das empirische Potenzial dieser theoretischen Überlegungen in den Länderanalysen tatsächlich genutzt. Dazu trägt auch die einheitliche Struktur der Länderkapitel bei: Jeder Länderbericht beginnt mit einer Einleitung, in denen die Autoren eine aus ihrer Sicht wesentliche Debatte um Medienselbstkontrolle in ihrem Land darstellen. Darauf schließt ein kurzer Überblick über die Besonderheiten der jeweiligen Medienlandschaft an. Die Analyse der Instrumente der Medienselbstkontrolle erfolgt jeweils in zwei weiteren Abschnitten, wovon sich der erste mit „established instruments“, der zweite mit „innovative instruments“ (sprich: internetbasierten Instrumenten) befasst.

Trotz dieses homogenen Aufbaus wirken die Länderanalysen keineswegs monoton. Da sie von den Spezialisten aus den einzelnen Ländern geschrieben sind, wird nicht nur dargestellt, welche Selbstregulierungsinstrumente vorhanden sind oder auch nicht. Vielmehr nehmen die Autoren eine Interpretation vor, wie die Stellung einzelner Instrumente innerhalb der Medienlandschaft vor dem Hintergrund der journalistischen, politischen, gesellschaftlichen Struktur zu bewerten ist und welche Konflikte um solche Instrumente bestehen. Dadurch werden länderspezifische Besonderheiten der Medienselbstkontrolle deutlich. Beispielsweise existieren in Frankreich weder Ombudsstellen noch ein Presserat, dafür hat das Land eine ausgeprägte Tradition von Satiresendungen und Büchern, die das Verhältnis von Politik und Journalismus thematisieren. In Finnland wiederum scheinen Blogs für die Mediakritik und -beobachtung von Bedeutung zu sein. Vor dem aktuellen politischen Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ sind die Länderberichte über Tunesien und Jordanien lesenswert, geben sie doch einen konkreten Einblick, wie die dortigen Machteliten die Medien kontrollierten. Diese Länderberichte machen deutlich, dass Instrumente der „Media Accountability“ sehr

stark von den strukturellen Verhältnissen abhängig sind und sich nicht einfach von einem Land auf das andere übertragen lassen.

Abschließend lässt sich ein durchweg positives Fazit über den Sammelband von Eberwein et al. ziehen. Das Buch ist die neue Standardlektüre für alle Wissenschaftler, die sich mit Medienselbstkontrolle beschäftigen. Es ist das einzige aktuelle Werk, das eine systematisch aufgearbeitete Gesamtschau von unterschiedlichen Instrumenten der Medienselbstkontrolle liefert und damit eine exzellente Ausgangslage für die eigene Forschung bietet. Praktiker aus dem Journalismus, Medienpolitik und Selbstregulierung dürften den Band ebenfalls mit Gewinn lesen, da die Länderberichte zum Nachdenken anregen, wie sich die Medienselbstkontrolle im eigenen Land optimieren lässt. Ich hätte mir einzig gewünscht, dass im Schlusskapitel die Ergebnisse stärker systematisiert worden wären. So hatte ich beispielsweise nach der Lektüre den Eindruck, dass das Fehlen von Instrumenten der Medienselbstkontrolle zu verstärkten staatlichen Eingriffen führt und dass bestimmte Selbstregulierungsinstrumente funktional zu anderen Instrumenten äquivalent sind. Da das Projekt jedoch erst 2013 abgeschlossen ist, arbeitet der Forschungsverbund möglicherweise bereits an der weiteren Auswertung ihrer reichhaltigen empirischen Ergebnisse. Es bleibt zu hoffen, dass uns das Projektteam an seinen Resultaten auch in Zukunft durch weitere Publikationen teilhaben lässt.

Matthias Künzler

Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling

Bürger online

Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland

Konstanz: UVK, 2011. – 343 S.

ISBN 978-3-86764-279-8

Die Verbreitung des Internets in deutschen Privathaushalten veränderte und verändert bis heute das Kommunikationsverhalten der Bürger. Trotz des bereits umfangreich existierenden Bestands an kommunikationswissenschaftlichen Forschungsergebnissen in sich anschließenden Themenbereichen, fehlte bislang eine Aufarbeitung gleicher Qualität und Dichte für die politische Kommunikation in Deutschland. Mit „Bürger online“ leisten Martin Emmer, Gerhard Vowe und Jens Wolling auf sehr hohem Niveau einen umfassenden Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke. Entstan-

den entlang des DFG-Projekts „Politische Onlinekommunikation“ untersuchten die Autoren unter Annahme von Veränderungsprozessen des Kommunikationsraumes durch das Internet die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. Im Rahmen einer Panelstudie wurden Daten aus sieben Jahren gesammelt, um die Fragen „Wie nutzen Bürger den Möglichkeitsraum des Internets für ihre politische Kommunikation?“, „Wie verändert sich dabei ihre politische Kommunikation insgesamt?“ und „Wie sind diese Veränderungen zu erklären?“ zu beantworten. Die grundlegende Bestandsaufnahme der politischen Online-Kommunikation bietet neben der Lieferung noch weiter zu analysierender Daten auch ein hohes Maß an Impulsen für Anschlussforschungen in nahezu allen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen.

Die Publikation ist in vier Teile gegliedert: Nach der Herleitung des Forschungsgegenstandes und der detaillierten Darlegung des analytischen und methodischen Zugangs folgt im zweiten Teil eine deskriptive Darstellung der Ergebnisse zur Entwicklung der politischen Online-Kommunikation zwischen 2002 und 2009. Dort wird u. a. gezeigt, dass die Nutzung traditioneller politischer Informationsmedien wie Tageszeitungen und Fernsehnachrichten zwar rückläufig ist, dies jedoch nicht in Zusammenhang mit der Verbreitung des Internets zu bringen ist. Die Untersuchung der generellen Online-Nutzung bringt Nutzungsabläufe entlang soziodemografischer Gruppen zum Vorschein, die sich auch für die politische Informationskommunikation bestätigen lassen. Dennoch hat die Nutzung des Internets als Quelle, insbesondere bei politischen Ereignissen jenseits des Tagesgeschäfts, zugenommen. Insgesamt spielen aber das politische Interesse und die Bildung in beiden Fällen eine übergeordnete Rolle. Die Ergebnisse zur Entwicklung der Partizipationskommunikation sind auf den ersten Blick ernüchternd. Lediglich das Online-Engagement für Organisationen hat eine deutliche Zunahme erfahren. Insgesamt wurde jedoch eine geringe partizipative Nutzung des Internets nachgewiesen.

Teil III der Publikation ist der weiterführende Analyse der Forschungsergebnisse vor theoretischem Hintergrund gewidmet. So konnte im Sinne der Mobilisierungsthese eine leichte Begünstigung der politischen Kommunikation durch Online-Formate, gerade bei Jüngeren, nachgewiesen werden. Aus diesem Befund konnte die These abgeleitet werden, dass ein Wandel der dominanten politischen Kommunikationsmuster durch die Wanderungen der